

Überregionaler Pressespiegel 09.02.2012

OTZ | 09.02.2012 | Frank Döbert

Jüdische Landesgemeinde lobt Jena als Vorbild

Der Runde Tisch für Demokratie ruft die Jenaer auf, am Montag, dem 13. Februar, mit nach Dresden zu fahren und dort gegen den jährlichen Aufzug der Neonazis zu protestieren.

Jena. "Der angebliche Gedenk-Marsch durch Dresden ist ein Schlag ins Gesicht aller Opfer von Diktatur, Terror, Mord und Krieg. Ihr Auftritt beschädigt die freiheitliche Demokratie", heißt es in dem Aufruf.

"Die Jenaer Aktivitäten gegen die Rechtsextremisten und die Haltung des Oberbürgermeisters Albrecht Schröter sind uns Vorbild und Ansporn zugleich", erklärte dazu Prof. Dr. Reinhard Schramm, Vizevorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen und SPD-Stadtrat in Ilmenau. Er verwies darauf, dass der Ilmenauer Stadtrat nicht nur zur Unterstützung des Bündnisses "Dresden Nazifrei" aufgerufen habe, sondern auch die geplanten Blockaden in Dresden unterstützen werde.

"So engagiert ich das Gespräch mit jungen Rechtsextremen führe, so konsequent verurteile ich es, den Rechtsextremisten die Straßen, Plätze und Bühnen zu überlassen", erklärte Reinhard Schramm. "Wenn die Verantwortlichen versagt haben, die NPD trotz ausreichender Tatbestände zu verbieten, dann bedeutet das nicht, das wir deshalb die menschenverachtenden Aktivitäten der NPD und ihrer Partner als Normalität hinnehmen wollen. Nein, im Gegenteil." Wegen dem Versagen der Verantwortlichen seien die Bürger gefordert, verstärkt Zivilcourage zu zeigen. Friedliche Massenblockaden seien dafür ein geeignetes Mittel. "Ich werde mich in die Blockadebewegung einreihen. Es ist Zeit nicht nur Stopp zu sagen, man muss es auch tun", betonte Reinhard Schramm.

Auf die Frage, ob er angesichts der Ankündigung der Dresdner Polizei, Blockaden mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern, nicht auch Verunsicherung oder Angst empfinde, sagte er: "Es gibt Schlimmeres, wenn ich an meine Familiengeschichte denke. Der Rest meiner Familie ist in den KZs der Nazis umgekommen. Die Teilnahme an den Blockaden ist dagegen ein geringes Opfer, das ich erbringe." Er erinnerte daran, dass es ein CSU-Oberbürgermeister von Wunsiedel gewesen sei, der eine Blockade gegen den Heiß-Marsch der Neonazis durch seine Stadt initiierte Handeln gegen Rechts sei nicht an ein Parteibuch gebunden. "Das ist ein überparteiliches Thema".

Der Vizevorsitzende der Jüdischen Landesgemeinde hatte im vergangenen Jahr auch den landesweiten Aufruf zur Solidarität mit dem von der Dresdner Justiz wegen seiner Aktivitäten gegen die Neonazis unter Anklage gestellten Stadtjugendpfarrer Lothar König unterzeichnet. Es sei darüber hinaus beschämend für die Demokratie und lege ein Fortwirken brauner Traditionen nahe, wenn, wie sich auch an der Überwachung linker Bundestagsabgeordneter zeige, Links- und Rechtsextremismus pauschal gleichgesetzt werden.

<http://www.otz.de/startseite/detail/-/specific/Juedische-Landesgemeinde-lobt-Jena-als-Vorbild-336606562>

Lausitzer Rundschau | 09.02.2012

Dresdner bereiten sich vor

Im Gedenken an ihre Zerstörung im Februar 1945 will die Stadt Dresden am kommenden Montag, dem 13. Februar, und am 18. Februar erneut sichtbare Signale gegen Krieg, Rechtsextremismus und Gewalt setzen. Bei der geplanten Menschenkette um die Innenstadt am 13. Februar sollen Tausende für ein paar Minuten innehalten, sagte der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung und Sprecher der städtischen Arbeitsgruppe „13. Februar“, Frank Richter, am gestrigen Mittwoch. „Wer sich anschickt, anderen die Hand zu reichen, hört auf, die Faust zu ballen.“ Eine Botschaft aus der Elbestadt an diesem Tag heiÙe in Erinnerung an den Herbst 1989 „Keine Gewalt!“ Sachsens Regierung rief zum mahnenden Gedenken und friedlichen Protest gegen den Missbrauch des 13. Februar durch Rechtsextremisten auf. Dresden und Sachsen seien kein Aufmarschplatz für Ideologen und rechtes Gedankengut, sagte Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU). Indes darf Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke) am 13. Februar nicht den sächsischen Landtag betreten. „Es ist wohl ein einmaliger Vorgang in der deutschen Parlamentsgeschichte, dass ein Landtagspräsident einer Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages de facto Hausverbot erteilt“, sagte Linken-Fraktionschef André Hahn. Hintergrund ist eine Regelung, wonach der Landtag zum Tag des Gedenkens an die Zerstörung Dresdens 1945 nicht für politische Manifestationen dienen soll. dpa/bl

<http://www.lr-online.de/nachrichten/sachsen/Dresdner-bereiten-sich-vor;art1047,3676655>

Freie Presse | 09.02.2012

Tillich will Rechtsextremen Einhalt gebieten

"Missbrauch des 13. Februar durch Rechtsextremisten"

Dresden (dapd-lsc). Ministerpräsident Stanislaw Tillich und das sächsische Kabinett rufen zum friedlichen Protest gegen Rechtsextremisten am Montag (13. Februar) in Dresden auf. "Dresden und Sachsen sind kein Aufmarschplatz für Ideologen und rechtes Gedankengut", sagte der CDU-Politiker am Mittwoch in Dresden. Die Bürger sollten zeigen, "wie friedliche Demokraten diesem Spuk Einhalt gebieten".

Neonazis versuchen seit Jahren das Gedenken an die Opfer der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 mit eigenen Veranstaltungen für ihre politischen Zwecke zu missbrauchen. Tillich forderte, gegen diesen "Missbrauch des 13. Februar durch Rechtsextremisten" zu protestieren. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Tillich-will-Rechtsextremen-Einhalt-gebieten-artikel7899730.php>

Freie Presse | 09.02.2012

Linke fordert Rücknahme von "Hausverbot" für Pau

Die Linke-Politikerin wollte zu Sitzung, erhielt aber eine Absage von der Landtagsspitze Dresden (dapd-lsc). In Sachsen sorgt eine strenge Besucherregelung für den Landtag am 13. Februar für Empörung bei der Linksfraktion. Fraktionschef André Hahn forderte am Donnerstag Landtagspräsident Matthias Rößler (CDU) auf, das "faktische Hausverbot" für Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau zurückzunehmen. Die Linke-Politikerin wollte demnach zu einer Arbeitsberatung in den Landtag kommen, erhielt aber eine Absage von der Landtagsspitze. Hahn sprach von einem "unglaublichen Affront" auch gegenüber dem Bundestag.

Rößler verteidigte die Regelung und erklärte, bereits seit Jahren hätten am 13. Februar externe Besucher keinen Zutritt. Hintergrund ist die Sorge, die im Parlament vertretene rechtsextreme NPD und deren Anhänger könnten an dem Tag das Parlament als Bühne für ihre Zwecke missbrauchen. Am Jahrestag der Zerstörung der Stadt am 13. Februar 1945 planen auch in diesem Jahr in Dresden Rechtsextremisten wieder einen Aufmarsch. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Linke-fordert-Ruecknahme-von-Hausverbot-fuer-Pau-artikel7900464.php>

zeit.de | 09.02.2012

Der Tag der großen Rätsel

Zum 13. Februar: Was 2011 geschah, quält Dresden noch. Doch es gibt Hoffnung

Dresdens 13. Februar ist ein Tag der Rätsel, das war er immer. Das größte Rätsel in diesem Jahr ist das: Gewinnt denn jetzt das Gute? Oder kapern die Nazis den Tag?

Das ganze Land wird auf Dresden schauen, mehr noch als in den Jahren zuvor. Das liegt am braunen Terror-Trio, das von Sachsen aus operierte. Und es liegt am Jahr 2011, das für Dresden ein Jahr der Katastrophen war: Gewalt, Barrikaden und Steinewerfer. Dann die Justiz mit ihrer Handydatensammlung – dem Skandal, der unverdaulich bleibt. Getoppt nur von der fehlenden Einsicht danach, die wirklich schmerzt, bis heute.

Die Stadt im Jahr 2011: Das waren Grabenkämpfe und Schulddebatten, ein strafversetzter Polizeichef und Politiker, die sich bekriegen. Ein Jahr von Wut und noch mehr Wut.

Vielen blieb es ein Rätsel, warum Staatsanwälte mit aller Kraft den Jugendpfarrer Lothar König verfolgten. Warum Blockierern der Prozess gemacht wird, als seien sie schwer kriminell. Wieso ein CDU-Chef gegen Linke hetzte, als seien die das eigentliche Übel.

»Gehört Dresden auf die Couch?« Diese Frage stellte der Bürgerrechtler Frank Richter. Weshalb nun doch die Hoffnung keimt. Denn Richter ist dabei, die gespaltene Stadt zu therapieren. Er erreichte einen Konsens, den es bislang noch nie gab: Die »AG 13. Februar«, der er vorsitzt, brachte einen Großteil der Demokraten an einen Tisch. Wenn nun, von CDU bis Linke, alle erstmals zu einer gemeinsamen Anti-Nazi-Kundgebung aufrufen – für Sonnabend, den 18. Februar –, verdankt sich das auch der Moderierkunst Frank Richters. Sowie dem Schock von 2011, der vielleicht heilsam war: So ein Jahr

brauchen wir nicht noch mal!

Zaghafte deutet sich an, dass die Rechtsextremen die Lust an Dresden verlieren. Seit Jahren spüren sie immer stärker, dass Gegenwehr erwächst. Nun fällt ihnen langsam die Mobilisierung schwer. Ist Dresden für Nazis bald nicht mehr reizvoll? Das ist das Rätsel der Zukunft. Es wäre ein Sieg der Gegenwehr.

2012 entscheidet sich alles: Diesmal muss das Gute gewinnen.

Wo parkt der »Lauti«?

Das Tatwerkzeug war ein blauer T4-Kleinbus, amtliches Kennzeichen J-AH 789, beschlagnahmt von der Dresdner Polizei am 10. August 2011. Vor der Haustür des Besitzers, Jenas Jugendpfarrers Lothar König, lud man das Auto auf einen Sachsen-Schlepper.

Nichts verkörpert so sehr die diffusen Dresdner Februar-Gefühlswelten wie dieses Priestermobil: Königs Sympathisanten nennen es, in süßlicher Zuneigung, »Lauti«. Die Staatsanwaltschaft teilt derlei Liebe nicht: Der Bärtige habe, vom »Lautsprecherfahrzeug« aus, zur Gewalt gegen Polizisten aufgerufen. Schwerer Landfriedensbruch! Weshalb man hart vorging, sogar Anklage erhob.

Bis zum Ende des Prozesses wird der Lauti nun beschlagnahmt bleiben. Am 13. Februar muss König also laufen – oder einen Wagen mieten. Das Auto parkt, das verrät ein Staatsanwalt, »gut und sicher bei der Dresdner Polizei«. Und wo genau? »Kein Kommentar!« An der Stauffenberg-Allee, am Polizeiparkplatz! Das vermutet Königs Lager. »Jedenfalls nirgendwo an der Straße«, entgegnet der Staatsanwalt, »sondern sicher vor dem Zugriff Dritter.«

Verlöre König den Prozess, dürfte Sachsen das Auto übrigens »verwerten« – auf dem Gebrauchtwagenmarkt. Das Geld erhielte der Finanzminister. König könnte ja mitbieten.

Ist Lars Rohwer noch wütend?

In den vergangenen Jahren war Dresdens CDU-Chef gelinde gesagt nicht unbedingt der Mann, der die Wunden der Stadt zu heilen vermochte. Denn Lars Rohwer scheute keine Polemik: Debatten um die Gedenkkultur nannte er »Besserwisserei«, am Ablauf des 13. Februar gebe es schließlich nichts zu rütteln. Später machte er sich unbeliebt, indem er linke Protestierer als »Krawall-Touristen« abkanzelte. Es erzürnte all das selbst Rohwers eigene Partei.

Was wurde aus unseren Daten?

Im Juli wählte sich Dresdens CDU auch deshalb einen neuen Chef. Und beteiligte sich auch – das ist feine Ironie – an der von Frank Richter moderierten Debatte über die Gedenkkultur der Stadt. Seither wird die CDU durchaus gelobt für ihren neuen Kurs und moderateren Ton.

Nur Lars Rohwer will nichts mehr sagen. Die Wunden der Stadt aber, die könnte er jetzt doch heilen: Er wurde gerade zum Vorsitzenden des Dresdner Roten Kreuzes gewählt.

Wer hat den Eisenspeer geworfen?

Bis heute erzählt Innenminister Markus Ulbig (CDU) diese eine Geschichte, wenn er versucht, die Funkzellenabfrage zu rechtfertigen – wenn er die Gewalt gegen Polizisten illustrieren will: In der Dresdner Schnorrstraße warf ein Linksextremist mit einer Eisenstange nach der Polizei; wie ein Speer bohrte sich das Geschoss in den Helm eines Beamten aus Berlin. Es wurde sogar auf einer Pressekonferenz präsentiert: 1,20 Meter lang, zwei Kilo schwer; ein sogenannter Erdnagel, wie er auf Baustellen verwendet wird,

um Absperrungen zu errichten. Der Polizist blieb unverletzt – *Bild* zitierte ihn mit dem Satz: »Ich hätte genauso gut dabei sterben können.«

Aber einen Täter können Sachsens akribische Ermittler bis heute nicht präsentieren. Noch immer, teilt das Innenministerium mit, werde gegen unbekannt ermittelt. Man hofft wohl auf einen Glückstreffer. Und wie groß ist die Hoffnung? »Schwierig«, lautet die Antwort.

Die Stange selbst lagert in der Asservatenstelle der Staatsanwaltschaft. Als Rechtfertigung für die Funkzellenabfrage kann sie nicht mehr dienen. Denn bei der Suche nach dem Werfer brachten die Handydaten – nichts.

Was ist mit den Blockierern passiert?

Fast 250 Blockierer des 19. Februars verfolgte die Staatsanwaltschaft; bei den allermeisten endete das Verfahren schnell – gegen Zahlung einer Geldauflage. Nur um die 70 Verfahren sollen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen sein. Was zumeist daran liegt, dass die Beschuldigten ihre Strafzahlung nicht akzeptieren wollten. Dann kommt es in der Regel zur Hauptverhandlung. Noch im Dezember 2011 wurde etwa ein Mann freigesprochen, weil er nachweislich an Blockaden gar nicht teilgenommen hatte. Kurz darauf verurteilte das Amtsgericht Dresden einen 22-Jährigen jedoch zu 300 Euro Geldstrafe.

Gegen nahezu 1.000 Personen ermittelte die Polizei nach den Februarprotesten – häufig aufgrund eher marginaler Vergehen, mitunter aber auch wegen Steinwürfen und anderer Gewaltdelikte.

Was wurde aus unseren Daten?

Der Grünen-Landtagsabgeordnete Johannes Lichdi besitzt ein Handy der Marke Nokia. Am 19. Februar 2011 war er mitten im Geschehen, er habe »die ganze Zeit telefoniert«, von der Handydaten-Abfrage – der Erfassung aller im Stadtgebiet befindlichen Mobiltelefone – sei er »garantiert betroffen«, sagt er. Aber man wisse ja nichts Genaues.

Dabei weiß kaum jemand wie Lichdi um die Ausmaße des vielleicht größten Datenschutzskandals der letzten Jahre. Er nennt das »Handygate« und spricht von einer »Rasterfahndung«. Auf seine Kleine Anfrage hin teilte der Innenminister mit, dass LKA und Soko 19/2 gut eine Million Verkehrsdaten der Dresdner Handynutzer erfasst hätten. Und dass nichts davon gelöscht ist. Was Lichdi erzürnt: »Die Staatsanwaltschaft weigert sich bis heute, diejenigen, deren Daten erhoben wurden, zumindest zu benachrichtigen.« Sachsens Datenschutzbeauftragter hatte das ausdrücklich eingefordert – und das mit Frist zum 31. Dezember 2011. Diese Frist ist verstrichen.

Stattdessen erhielt mancher, der Auskunft beantragt hatte, folgende Post vom Staatsanwalt: Aus Gründen der »Glaubhaftmachung«, dass die angegebene Telefonnummer auch dem Antragsteller gehöre, solle man seine letzte Handyrechnung einreichen. Bleibt eine Antwort bis zum 12. Februar aus, sehe man den Auskunftswunsch als erledigt an. Einen Tag vor dem 13. Februar? »Da sehen Sie mal, wie die ticken«, sagt Lichdi.

<http://www.zeit.de/2012/07/S-Nazis>

OTZ | 09.02.2012

Aufruf zu Anti-Nazi-Demo in Dresden: Gemeinsam mit dem Bus ab Schmölln

Altenburger Land. Das Aktionsbündnis Altenburger Land gegen Rechtsextremismus ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich am 18. Februar an den friedlichen Protesten zu "Dresden Nazifrei" gegen den Aufmarsch der Rechtsextremisten in Dresden zu beteiligen. Busse zur Fahrt nach Dresden stehen bereit.

In den vergangenen zwei Jahren ist gelungen, was viele für unmöglich gehalten hatten: Der Naziaufmarsch in Dresden wurde blockiert. "Tausende Nazis konnten ihr eigentliches Ziel, mit einer Großdemonstration ihre menschenverachtende Ideologie zur Schau zu stellen, nicht erreichen", heißt es in dem Aufruf.

Mit dem Aufmarsch im Februar versuchten die Neonazis in den vergangenen Jahren an das Gedenken an die Bombardierung Dresdens 1945 und den damit einhergehenden Mythos der "unschuldigen Stadt Dresden" anzuknüpfen. Auch durch Ignorieren und Wegschauen seitens der Stadtverwaltung und mangelnder Entschlossenheit großer Teile der Dresdner Zivilgesellschaft konnte dieser Termin zu Europas größtem Naziaufmarsch mit bis zu 7000 Teilnehmenden werden.

Doch die Dynamik der Aufmärsche sei gebrochen, heißt es weiter. Zu verdanken sei dies dem entschlossenem Handeln von 12 000 (2010) und 20 000 Menschen (2011). Um die Proteste der Dresdner Bürger auch 2012 zu unterstützen, ruft das Aktionsbündnis zur Teilnahme an den friedlichen Demonstrationen am 18. Februar ab 11 Uhr auf und bietet die Möglichkeit, mit dem Bus über Schmölln nach Dresden zu fahren. Haltepunkte:

- 8.00 Uhr Busbahnhof Altenburg
- 8.10 Uhr Anger Altenburg
- 8.30 Uhr Busbahnhof Schmölln

Die Finanzierung des Busses erfolgt aus Mitteln des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit des Freistaates Thüringen.

<http://www.otz.de/startseite/detail/-/specific/Aufruf-zu-Anti-Nazi-Demo-in-Dresden-Gemeinsam-mit-dem-Bus-ab-Schmoelln-1997320088>

TAZ | 09.02.2012

Probesitzen auf sächsischem Boden

Berliner mobilisieren gegen den Neonaziaufmarsch am 13. Februar in Dresden.

Etwa 30 Menschen sitzen bei klirrender Kälte auf roten Kissen vor der sächsischen Landesvertretung in Mitte. "Wenns mal wieder ungemütlich wird", steht auf den Kissen. "Wir üben auf sächsischem Boden", ruft der Sprecher des Bündnisses "Dresden nazifrei", Stefan Thiele, ins Megafon. Politiker der Linksfraktion im Bundestag sind gekommen und Aktivisten. Geübt wird für nächste Woche, wenn in Dresden Neonazis marschieren wollen.

Ein gefühltes Dutzend Infoveranstaltungen, Plakatieren mit Linken-Politikern, das Probesitzen am Mittwoch: In Berlin bereiten sich AntifaschistInnen darauf vor, am 13. Februar den Nazi-Aufmarsch zu blockieren. "Der Verkauf der Bustickets läuft schon ganz gut", sagt Antonia Schneider vom Berliner Koordinierungskreis des Bündnisses "Dresden nazifrei". Am Montag sollen fünf Busse in einem Konvoi nach Dresden fahren, 300 Plätze gibt es insgesamt, Tickets sind noch zu haben.

Auch der Vorsitzende der Berliner Linken, Klaus Lederer, sitzt Probe. "Ich fahre auf jeden Fall", sagt er. Er werde versuchen, noch mehr Abgeordnete für die Fahrt zu gewinnen. Die könnten auch bei möglichen Kontrollen der Polizei vermitteln.

Neben Linken und Aktivisten sind in diesem Jahr zum ersten Mal auch Freiwillige der Aktion Sühnezeichen mit einem eigenen Bus vertreten. Vor wenigen Tagen hatte die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus einen Aufruf unter dem Titel "Nächstenliebe verlangt Klarheit - Naziaufmärsche blockieren" veröffentlicht. Gemeinsam mit anderen kirchlich Engagierten soll nun ein "christlicher Blockadepunkt" in Dresden errichtet und betreut werden.

Noch wird dafür geübt: "Ein Teil der Blockierer setzt sich bitte auf den Fußweg, ein Teil davor", dirigiert Hans Erxleben von der Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus. In Anspielung auf den Skandal um die Auswertung von Handydaten bei den Protesten im letzten Jahr durch die Polizei halten außerdem mehrere Probesitzer in scherzhaft-konspirativer Manie große, aufblasbare Handyattrappen an ihre Köpfe.

Ob neben dem 13. auch am 18. Februar Nazis nach Dresden kommen, wie lange angekündigt war, ist bisher unklar. Auch wenn das nicht der Fall sein sollte, wird es an diesem Tag eine große Demo gegen rechts geben - auch dafür werden bereits Bustickets verkauft.

<http://www.taz.de/Protest-gegen-Neonazis/187412/>

ähnliche Artikel:

Neues Deutschland

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/217973.probe-fuer-dresden.html>

Jungle World | 09.02.2012 | Jennifer Stange

»Der Angriff auf das >Wir< ist fällig« (Auszug)

[...] Sie gehören also nicht zu den über 1 000 Gruppen und Einzelpersonen, die angekündigt haben, auch in diesem Jahr den Naziaufmarsch in Dresden zu verhindern?

Sie irren sich. Ich halte die Beteiligung daran für richtig, würde aber mit einem Flyer an die Adresse der Gegendemonstranten auftreten, der unter anderem folgende rhetorische Fragen enthielte: »Ihr wollt Dresden nazifrei machen? Aber wer herrscht in Dresden, wenn es nazifrei ist? Wollt ihr Dresden für die Herrschaft der Hartz-IV-Verarmung von den Nazis befreien? Für das Regime des Mietwuchers oder der Inflation der Benzinpreise? Für das Regime der Staatsgewalt mit Polizei und Justiz, über das ihr euch übrigens noch bei jeder Antinazidemo selbst beschwert? Für die Herrschaft des Kapitals, die günstigen Ausbeutungsbedingungen in den neuen Bundesländern? Für das Bildungswesen, das die Mehrheit des Nachwuchses von weiterführender Ausbildung ausschließt? Und wer herrscht eigentlich jetzt, wo Dresden offensichtlich erst noch von Nazis befreit werden

muss? Kein Nazi-Regime, sondern: Dasselbe demokratisch eingerichtete Hartz-IV-Regime! Derselbe Mietwucher! Dieselbe Polizeigewalt! Dieselben Ausbeutungs- und Ausbildungsbedingungen! Kürzt sich da nicht irgendwas heraus? Und bedeutet das nicht, dass man Dresden, und nicht nur Dresden, eher von den hier tatsächlich herrschenden Regimes befreien müsste? Ihr baut Nazis mit euren Gegendemonstrationen erst so richtig als Thema auf und lenkt damit von den Beschädigungen ab, die euch das herrschende System des demokratisch regierten Kapitalismus bereitet.

<http://jungle-world.com/artikel/2012/06/44830.html>

Freie Presse | 09.02.2012

SPD-Bundestagsabgeordnete Kolbe kündigt Blockade von Nazimarsch an

Aufruf der Gesamtpartei zu friedlichem Protest

Leipzig (dapd-lsc). Den in der kommenden Woche in Dresden geplanten Aufmärschen von Neonazis will sich die Leipziger SPD-Bundestagsabgeordnete Daniela Kolbe entgegenstellen. "Ich kann Massenblockaden nur nachdrücklich verteidigen", sagte Kolbe am Donnerstag in Leipzig. Es sei absurd, wenn in Sachsen Staatsanwaltschaften und Ermittlungsbehörden gegen Blockierer von Naziaufmärschen tätig würden.

Der Staat müsse dem Rechtsextremismus entschieden entgegentreten, erklärte die Abgeordnete. Unter anderem sei es notwendig, dass Beratungsstellen für Opfer rassistischer und neonazistischer Gewalt nachhaltig finanziert würden. Zudem dürften Menschen nicht diffamiert werden, wenn sie Bildungsarbeit gegen Rechts machen würden.

Schon zuvor hatte die SPD zum friedlichen Protest gegen Neonazis in Dresden aufgerufen. In dem in Dresden verbreiteten Aufruf "Dresden braucht unsere Courage: Gegen Rechtsextremismus und Gewalt" heißt es, der geplante Aufmarsch der Rechtsextremisten beschädige die freiheitliche Demokratie. Die Neonazis trauerten nicht, sondern instrumentalisierten das Leid der Kriegsoffer für ihre Zwecke. Die Nazis in Deutschland hätten Millionen Tote auf dem Gewissen. "Ihre politischen Erben, die Rechtsextremen von heute, morden weiter."

Unterzeichnet haben den Aufruf der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel, Sachsens Landesvorsitzender Martin Dulig und weitere Spitzenpolitiker der Partei. Dresden war am 13. Februar 1945 bei Luftangriffen der Alliierten schwer zerstört worden. Neonazis versuchen auch dieses Jahr an dem Tag, das Gedenken für ihre Zwecke zu nutzen. Mehrere Protestaktionen dagegen sind geplant. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/SPD-Bundestagsabgeordnete-Kolbe-kuendigt-Blockade-von-Nazimarsch-an-artikel7900571.php>

ähnliche Artikel:

Hannover Zeitung

<http://www.hannover-zeitung.net/aktuell/vermishtes/47194328-aufruf-der-spd-zum-13-und-18-februar-2012-qdresden-braucht-unsere-courage-gegen-rechtsextremismus-und-gewaltq>

Deutschland Radio

<http://www.dradio.de/nachrichten/201202091400/6>

net-tribune

<http://www.net-tribune.de/nt/node/101222/news/SPD-ruft-zum-friedlichen-Protest-gegen-Neonazis-in-Dresden-auf>

DEUTSCHLAND today

http://www.dtoday.de/regionen/mein-today/parteien_artikel.-SPD-startet-Aufruf-fuer-Dresden-gegen-Rechtsextremismus-und-Gewalt-_arid,131681.html

Freie Presse | 09.02.2012

DGB und Arbeitgeber rufen zu Schweigeminute für Neonazi-Opfer auf

Signal gegen Fremdenfeindlichkeit aus Sachsen am 23. Februar um 12.00 Uhr
Dresden (dapd-lsc). Gewerkschaften und Arbeitgeber haben zu einer Schweigeminute für die Opfer rechtsextremistischer Gewalt aufgerufen. Das Gedenken soll am 23. Februar um 12.00 Uhr stattfinden, wie der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Sachsen und die Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW) am Donnerstag in Dresden erklärten. Die DGB-Landesvorsitzende Iris Kloppich forderte Wirtschaft, Politik, Verwaltungen und alle Bürger auf, sich zu beteiligen. Von Sachsen müsse ein deutliches Signal gegen Fremdenfeindlichkeit ausgehen.

Auf Bundesebene hatten DGB und Arbeitgeber am Mittwoch zur Teilnahme an der Schweigeminute aufgerufen, die zeitgleich mit dem Staatsakt des Bundes für die Opfer des Rechtsterrorismus stattfinden soll. dapd

<http://www.freipresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/DGB-und-Arbeitgeber-rufen-zu-Schweigeminute-fuer-Neonazi-Opfer-auf-artikel7900524.php>

Gysi fordert Immunität für Abgeordnete Lay und Leutert

Berlin - Der Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Gregor Gysi, will die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten Caren Lay und Michael Leutert verhindern. In einem Brief, der dapd vorliegt, bittet Gysi die anderen Fraktionschefs sowie den Vorsitzenden des Immunitätsausschusses, Thomas Strobl (CDU), um Unterstützung.

Die beiden Abgeordneten der Linken hatten im Februar 2011 an einer Blockade gegen die Neonazi-Aufmärsche in Dresden teilgenommen. Die Staatsanwaltschaft Dresden wirft ihnen vor, gegen das Versammlungsgesetz verstoßen zu haben und will die Immunität der Parlamentarier aufheben lassen.

Gysi schreibt dazu, es sei unstrittig, dass von Lay und Leutert "nicht die geringste Gewalt angewandt wurde, sie leisteten lediglich passiven Widerstand". Solche Aktivitäten müssten unterstützt und "keinesfalls strafrechtlich verfolgt werden". Es sei "erforderlich, dass der zuständige Ausschuss die Immunität beider Abgeordneten wieder herstellt bzw. im Falle eines Antrages ihre Aufhebung ablehnt", schreibt Gysi. Der Ausschuss berät am Donnerstagnachmittag über Lay und Leutert. Lay ist Bundesgeschäftsführerin der Linken. dapd

<http://www.net-tribune.de/nt/node/101209/news/Gysi-fordert-Immunitaet-fuer-Abgeordnete-Lay-und-Leutert>

ähnliche Artikel:

DER WESTEN

<http://www.derwesten.de/nachrichten/staatsanwaltschaft-kann-weiter-gegen-linke-abgeordnete-ermitteln-id6333869.html>

Rheinische Post

<http://www.rp-online.de/politik/deutschland/staatsanwalt-kann-weiter-gegen-linke-ermitteln-1.2706483>

Saarländische Online-Zeitung

<http://www.s-o-z.de/?p=62162>

focus.de

http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/protest-gegen-neonazi-demonstration-staatsanwaltschaft-ermittelt-gegen-linken-politiker_aid_712497.html

Protest als Schule der Demokratie

Ist Dresden sein Problem mit Neonazis los? Ihren Großaufmarsch, am 18. Februar haben sie zumindest abgesagt. Die Blockaden der vergangenen Jahre haben Wirkung gezeigt, sagen einige. Manches scheint dafür zu sprechen. Die Frustration unter den verhinderten Neonazi-Demonstranten jedenfalls war 2010 und 2011 nicht zu übersehen. In Jena hatten Sitzblockaden schon vor Jahren den braunen Spuk beendet.

Ist eine demokratisch fragwürdige Methode also die einzig wirksame gegen Demokratiefeinde?

Nein. Entscheidend ist nicht diese oder jene Art des Protestes, sondern dessen breite Basis. Wer sich symbolisch in eine Menschenkette einreihet, ist ebenso wichtig wie jemand, der sich auf die Straße setzt. Denn beide haben begriffen, dass sie die Lösung nicht Verwaltung, Gerichten und Polizei überlassen können, sondern sich selbst aufmachen müssen.

Auch wenn sich am 18. Februar in Dresden kein einziger Neonazi blicken lassen sollte, in der Vorbereitung haben alle Beteiligten mehr über Demokratie gelernt als in den Jahren zuvor. Zum Beispiel, dass Widerstand gegen Rechtsextremisten anstrengende Diskussion braucht, aber nicht Sturheit. Dass Kompromisse nötig sind, weil erst der Konsens die gewünschte politische Wirkung entfaltet.

Noch ist es für Triumph zu früh. Das Fatalste wäre es, erleichtert daheim die Füße hochzulegen. Vielleicht hat Dresden nun erstmals die Chance, Trauer und Gedenken in ein Freudenfest der Demokratie münden zu lassen.

Geschafft wäre es damit noch längst nicht. Große Neonaziaufmärsche lassen sich verdrängen. Rechtsextremes Denken aber ist damit nicht aus der Welt. Um Menschen dagegen zu immunisieren, braucht es geduldige, unspektakuläre Kleinarbeit.

<http://www.sonntag-sachsen.de/2012/02/09/protest-als-schule-der-demokratie/>

Hauptsache friedlich

Gemeinde hofft auf Solidarität gegen Nazi-Aufmärsche im Februar

»Krieg deinen Arsch hoch!« Mit diesem drastischen Appell will die »Arbeitsgruppe 13. Februar« die Dresdner gegen Neonazis auf die Straße bringen. Wie alle Jahre wieder planen Rechtsextreme an diesem Tag einen sogenannten Trauermarsch durch die sächsische Landeshauptstadt. Die Rechten nehmen das Datum der Bombardierung Dresdens durch die Alliierten im Jahre 1945 zum Anlass für ihren Aufzug. Und da der 13. auf einen Montag fällt, soll am darauffolgenden Samstag gleich noch einmal marschiert werden. Für beide Termine haben die Neonazis jeweils 2.000 Teilnehmer angemeldet.

Die Arbeitsgruppe 13. Februar, bestehend aus Vertretern der Stadt, aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Sport, Gewerkschaften, Kirchen und der jüdischen Gemeinde, will auf friedliche Weise dagegehalten. Geplant ist am Montag – wie schon in den vergangenen Jahren – eine Menschenkette, die die Innenstadt umschließen und an der

Synagoge vorbei bis auf die Neustädter Seite führen soll. Man hofft, dass sich 10.000 Menschen die Hand gegen Rechts reichen werden.

Farbe bekennen Am 18. Februar organisiert die Arbeitsgruppe eine Kundgebung auf dem Schlossplatz. Auch dort sollen mindestens 10.000 Dresdner Farbe gegen die Braunen bekennen. »So ein breites öffentliches Bündnis wie dieses Jahr gab es noch nie«, sagt Nora Goldenbogen, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Dresden. Positiv sei auch, dass von Jahr zu Jahr mehr Bürger der Elbestadt auf die Straße gingen. »Viele werden sich auch angesichts des jahrelangen, nicht verhinderten Mordterrors der Nazigruppe NSU entscheiden, aktiv zu werden«, hofft Nora Goldenbogen.

Gleichzeitig befürchtet die Vorsitzende, dass gerade nach den Entdeckungen der letzten Wochen die Neonazi-Aufzüge aggressiver werden. »Diese Kräfte sind gefährlich. Das sollte man nicht unterschätzen. Wir haben schon lange davor gewarnt, dass es eine gefestigte rechtsextreme Gesinnung gibt. Aber viele wollten das nicht zur Kenntnis nehmen.«

Die jüdische Gemeinde wird an beiden Demonstrationstagen ihre Schutzvorkehrungen verstärken und hat an die Polizeibehörde appelliert, auch nach Ende der offiziellen Kundgebungen auf die Sicherheit der Synagoge zu achten. »Wir haben nicht vergessen, wie es war, als diese erschreckenden, immer zahlreicher werdenden Umzüge direkt an unserer Synagoge vorbeizogen«, betont Goldenbogen.

Einladung Für die Gemeinde sei die Vorbereitung auf den 13. Februar immer wieder ein großer Kraftakt. Im Anschluss an die Menschenkette lädt die jüdische Gemeinde am 13. Februar zu Kaffee, Tee und Gesprächen in ihr Gemeindezentrum am Hasenberg ein und zeigt den Dokumentarfilm über die Sprengung der Semper-Synagoge im Jahre 1938. Am 18. Februar wird ein öffentlicher Schabbatgottesdienst in der Neuen Synagoge stattfinden.

»Als jüdische Gemeinde sind wir Teil der Stadtgesellschaft und unterstützen alle Formen des gewaltfreien Protests«, betont Goldenbogen. Wie in der Stadt insgesamt gibt es auch innerhalb der Gemeinde unterschiedliche Auffassungen darüber, welche Form des gewaltfreien Widerstands die beste ist. Denn während der Arbeitskreis 13. Februar sich das Ziel gesetzt hat, gegen Naziaufmärsche zu protestieren, will das »Bündnis Dresden Nazifrei« rechtsextreme Demonstrationen verhindern und ruft zur Blockade auf.

Blockaden »Auf diese Prinzipienstreitigkeiten wollen wir uns nicht einlassen. Uns geht es darum, die Aufmärsche der Rechtsextremen endlich zu beenden«, sagt Goldenbogen. Es sei schließlich auch ein gewaltfreier Protest, wenn sich jemand friedlich auf die Straße setze. Für die vielen älteren Gemeindemitglieder sei die Sitzblockade ohnehin keine Option. »Aber ein großer Teil befürwortet friedliche Blockaden«, weiß die Gemeindevorsitzende.

Valentina Marcenaro, die sich in der Gemeindegarbeit für die jüngere Generation engagiert, weiß von Einzelnen, die den Aufrufen des Bündnisses Nazifrei folgen wollen. »Die meisten werden aber an der Menschenkette teilnehmen und an der Synagoge Präsenz zeigen. Das ist wie eine unausgesprochene Verabredung.«

Handeln Öffentlich Sympathie für die Sitzblockaden bekundet Gemeindemitglied Herbert Lappe: »Wo der Rechtsstaat versagt, muss der verantwortungsvolle Bürger eigenständig handeln! Und so lange Leute wie Holger Apfel, Vorsitzender der Sächsischen NPD, im

Landtag mit göbbelschen Parolen wie ›Nur wer deutsches Blut in seinen Adern fließen hat, kann für uns ein Deutscher sein‹ ungestraft hetzen dürfen, solange die NPD-nahen Schlägertrupps durch Dresden marschieren – so lange werde ich mich denen anschließen, die die Freiheit mit allen möglichen friedlichen Mitteln verteidigen. Wenn nötig, auch durch die Teilnahme an Sitzblockaden. Meine Kinder sollen nie fragen müssen, weshalb wir Juden uns nicht rechtzeitig gewehrt haben.«

<http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/12260>

Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 09.02.2012

Freie Presse | 08.02.2012

Zentralrat der Juden ruft zur Blockade von Neonazis auf

Kritik am Umgang der Justiz mit Blockierern - "Verdrehung der Rechtslage"

Dresden (dapd-lsc). Die sächsische Justiz steht kurz vor dem alljährlichen Neonazi-Aufmarsch in Dresden wegen ihrem Umgang mit Gegendemonstranten in der Kritik. Es sei eine "Verdrehung der Rechtslage" und eine "Stigmatisierung", wenn Teilnehmer von friedlichen Sitzblockaden gegen rechte Aufmärsche juristisch belangt würden, sagte der Generalsekretär des Zentralrats der Juden, Stephan Kramer, im Gespräch mit der Nachrichtenagentur dapd.

"Bei mir entsteht allmählich der Eindruck, dass die sächsische Justiz mehr Energie darauf verwendet, Gegendemonstranten einer Strafverfolgung zu unterziehen, als mit legalen Mitteln des Rechtsstaates den Rechtsextremen ihren Aufmarsch zu erschweren", erklärte Kramer. Darüber hinaus sei es eine Schande, dass einfache Bürger "grundlos kriminalisiert" werden. Nach den Neonazi-Protesten im vergangenen Jahr hatte die Dresdner Staatsanwaltschaft gegen Hunderte Blockierer Verfahren eingeleitet - einige wurden zu Geldstrafen verurteilt.

Während Kramer in der Vergangenheit an Menschenketten und Gegendemonstrationen teilgenommen hat, will er am kommenden Montag den alljährlichen Neonazi-Aufmarsch in der Stadt aktiv blockieren. "Wir müssen jetzt deutlich machen, dass wir diese Nazis nicht auf unseren Straßen haben wollen", sagte er. Bei den friedlichen Blockaden gehe es darum, mit körperlicher Präsenz deutlich zu machen, "dass wir Demokraten uns den öffentlichen Raum von den Nazis nicht entreißen lassen".

Seit Jahren missbrauchen Rechtsextreme das Gedenken der Stadt an die Opfer der Bombennacht vom 13. Februar 1945 für ihre politischen Zwecke. In der Vergangenheit kamen bis zu 6.500 Neonazis in die sächsische Landeshauptstadt. Seit 2010 werden die Rechten mit Sitzblockaden am Marschieren gehindert. Die sächsische Justiz und Teile der Politik sehen in den Blockaden einen Rechtsbruch. In der Stadt gibt es deswegen seit Jahren heftige Diskussionen über den richtigen Protest gegen Rechts.

Von den abseits der Blockaden geplanten Gegendemonstrationen hält der Spitzenfunktionär des Zentralrats der Juden nicht viel. "Wir brauchen keine Alibi-Großveranstaltung, wo wir uns gegenseitig versichern, dass wir für Toleranz, Freiheit und Demokratie sind", sagte Kramer. Die Erfahrung der vergangenen beiden Jahre habe gezeigt, dass die Aufmärsche nur mit Blockaden verhindert werden könnten. "Rechtsextremismus erledigt sich nicht durch Weggucken oder Schweigen", fügte Kramer hinzu. dapd

www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Zentralrat-der-Juden-ruft-zur-Blockade-von-Neonazis-auf-artikel7899405.php

Dresden bereitet sich auf Kundgebungen gegen Rechts vor

Polizei gibt erste Informationen über Marschrouten der Rechten bekannt

Dresden (dapd-lsc). In Dresden laufen die Vorbereitungen für das Gedenken an die Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg sowie die Proteste gegen Rechtsextremisten. Wenn am Montag rund 2.000 Neonazis durch die Stadt marschieren, sollen im Gegenzug bis zu 10.000 Dresdner eine Menschenkette um die Innenstadt bilden. Dies sei auch ein "probates Mittel" zur Erinnerung an den 13. Februar 1945, als die Stadt durch alliierte Bombardements stark zerstört wurde, sagte der Moderator der für die Veranstaltung verantwortlichen Arbeitsgemeinschaft, Frank Richter, am Mittwoch in Dresden.

Anders als in den Jahren zuvor, in denen die Marschrouten der Rechten erst kurzfristig öffentlich wurden, haben Polizei und Stadtverwaltung nun erste Informationen bekannt gegeben. So soll der Dresdner Stadtteil "Wilsdruffer Vorstadt" zwischen der Wiener Straße und der Schweriner Straße zum "Kerneinsatzbereich" gehören. Nach Angaben der Polizei muss in diesem Gebiet mit Absperrungen, Kontrollen und Einschränkungen gerechnet werden. Auch durch die Menschenkette könne es zu Verkehrsbehinderungen kommen.

Fünf Tage später wird das Thema Rechtsextremisten die Menschen in Dresden ebenfalls beschäftigen. Trotz der Abmeldung einer rechten Versammlung für diesen Tag will die Stadt mit einer Großdemonstration ein Zeichen gegen Rechts setzen. "Wir halten an der geplanten Kundgebung am 18. Februar fest", sagte AG-Moderator Richter. Kurzfristig könnten aus dem rechten Lager doch noch Versammlungen angemeldet werden. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Dresden-bereitet-sich-auf-Kundgebungen-gegen-Rechts-vor-artikel7899524.php>

Neonazis und Gegendemonstranten bereiten sich auf Dresden vor

Blockierer der rechten Aufmärsche bekommen prominente Unterstützung

Dresden (dapd-lsc). Wenige Tage vor dem geplanten Neonazi-Aufmarsch in Dresden bekommen die Gegendemonstranten prominente Unterstützung aus Berlin. Obwohl das Blockieren der Rechtsextremen in Dresden heftig umstritten ist und Teilnehmer früherer Blockaden zu Geldstrafen verurteilt wurden, rufen sowohl der Zentralrat der Juden als auch Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) zu den Aktionen auf. Ein Neonazi-Aufmarsch mit 2.000 Rechtsextremen soll am Montag dadurch verhindert werden.

Im Gespräch mit der Nachrichtenagentur dapd sprach sich der Generalsekretär des Zentralrats der Juden, Stephan Kramer, deutlich zugunsten der Blockaden aus. Während er in der Vergangenheit an Menschenketten und Gegendemonstrationen teilgenommen habe, wolle er kommende Woche den alljährlichen Neonazi-Aufmarsch in der Stadt aktiv blockieren. "Wir müssen jetzt deutlich machen, dass wir diese Nazis nicht auf unseren Straßen haben wollen", sagte Kramer. Bei den friedlichen Blockaden gehe es darum, mit körperlicher Präsenz deutlich zu machen, "dass wir Demokraten uns den öffentlichen

Raum von den Nazis nicht entreißen lassen".

Dass sich Blockierer vor der Justiz verantworten müssen, kritisierte Kramer zudem deutlich. Es sei eine "Verdrehung der Rechtslage" und eine "Stigmatisierung", wenn Teilnehmer von friedlichen Sitzblockaden gegen rechte Aufmärsche juristisch belangt würden, sagte er. "Bei mir entsteht allmählich der Eindruck, dass die sächsische Justiz mehr Energie darauf verwendet, Gegendemonstranten einer Strafverfolgung zu unterziehen, als mit legalen Mitteln des Rechtsstaates den Rechtsextremen ihren Aufmarsch zu erschweren."

Bundestagsvizepräsident Thierse sieht die Dresdner Proteste gegen den Neonazi-Aufmarsch nach dem Auffliegen der Zwickauer Terrorzelle unter besonderen Vorzeichen. Die Mordserie habe wohl jedem Bürger "die Größe der Gefahr von rechtsaußen klargemacht", sagte der SPD-Politiker der Nachrichtenagentur ddpd. Umso wichtiger sei es, "dass die Bürger ihre Demokratie verteidigen und ihre Straßen und Plätze nicht widerstandslos den Neonazis überlassen".

Seit Jahren missbrauchen Rechtsextreme das Gedenken der Stadt an die Opfer der Bombennacht vom 13. Februar 1945 für ihre politischen Zwecke. In der Vergangenheit kamen bis zu 6.500 Neonazis in die sächsische Landeshauptstadt. Seit 2010 werden die Rechten mit Sitzblockaden am Marschieren gehindert. Die sächsische Justiz und Teile der Politik sehen in den Blockaden einen Rechtsbruch.

Unterstützung für diese Position kam am Mittwoch vom Leipziger Rechtsprofessor Jochen Rozek. Das Bundesverfassungsgericht habe schon vor 20 Jahren entschieden, "dass Blockierer sich nicht auf das Grundrecht der Versammlungsfreiheit berufen können, wenn sie eine andere Versammlung gezielt stören", sagte Rozek der ddpd. Wer einen erlaubten Neonazi-Aufmarsch blockiere, müsse damit rechnen, als Störer eingestuft und von Polizisten weggetragen zu werden.

Ungeachtet der Diskussion zum Thema Blockade laufen in Dresden die Vorbereitungen für das Gedenken an die Weltkriegsopfer und die Proteste gegen Rechts. Für Montag plant die Stadt eine Menschenkette mit bis zu 10.000 Teilnehmern. Dies sei auch ein "probates Mittel" zur Erinnerung an den 13. Februar 1945, sagte der Moderator der für die Veranstaltung verantwortlichen Arbeitsgemeinschaft, Frank Richter. Zu einer Teilnahme an den Blockaden werde hingegen nicht aufgerufen.

Auch Ministerpräsident Stanislaw Tillich rief am Mittwoch die Menschen im Land dazu auf, sich an der Menschenkette zu beteiligen und ein Zeichen gegen Rechts zu setzen. "Dresden und Sachsen sind kein Aufmarschplatz für Ideologen und rechtes Gedankengut", sagte der CDU-Politiker. Die Bürger sollten zeigen, "wie friedliche Demokraten diesem Spuk Einhalt gebieten".

Fünf Tage später wird das Thema Rechtsextremisten die Menschen in Dresden ebenfalls beschäftigen. Trotz der Abmeldung einer rechten Versammlung für diesen Tag will die Stadt mit einer Großdemonstration ein Zeichen gegen Rechts setzen. "Wir halten an der geplanten Kundgebung am 18. Februar fest", sagte AG-Moderator Richter. Kurzfristig könnten aus dem rechten Lager doch noch Versammlungen angemeldet werden. ddpd

<http://www.freipresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Neonazis-und-Gegendemonstranten-bereiten-sich-auf-Dresden-vor-artikel7899736.php>

Freie Presse | 08.02.2012

Thierse hofft nach NSU-Morden auf rege Beteiligung an Anti-Nazi-Demo

Bundestagsvizepräsident ruft zu gewaltfreien Protesten auf

Berlin/Dresden (dapd). Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse sieht die Proteste gegen den Neonazi-Aufmarsch in Dresden nach dem Auffliegen der Zwickauer Terrorzelle unter besonderen Vorzeichen. Die Mordserie habe wohl jedem Bürger "die Größe der Gefahr von rechtsaußen klargemacht", sagte der SPD-Politiker der Nachrichtenagentur dapd. Umso wichtiger sei es, "dass die Bürger ihre Demokratie verteidigen und ihre Straßen und Plätze nicht widerstandslos den Neonazis überlassen". Es müsse ein "klares Zeichen an der Front gegen Rechtsextremismus" gesetzt werden, forderte er.

In Dresden versuchen Neonazis seit Jahren, das Gedenken an die Bombardierung der Stadt am 13. Februar 1945 für ihre politischen Zwecke zu nutzen. Der Aufmarsch wird stets von Tausenden Gegendemonstranten begleitet. In den vergangenen Jahren kam es teilweise zu Ausschreitungen zwischen Polizei und Demonstranten.

Er erwarte von allen Demonstranten, dass sie "absolut gewaltfrei agieren", mahnte Thierse. Das sei "eine Grundbedingung für die Teilnahme an den Protesten".

Von der Polizei erwarte er, dass sie nicht versuche, die Demonstranten kilometerweit von dem Neonazi-Aufmarsch entfernt aufzuhalten. "Was anderswo in Deutschland ohne Probleme funktioniert, sollte auch in Dresden möglich sein", sagte Thierse. Zum Demonstrationsrecht gehöre nach Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auch, dass der Protest in Sichtweite und Hörweite des Adressaten des Protestes stattfinden könne. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Thierse-hofft-nach-NSU-Morden-auf-rege-Beteiligung-an-Anti-Nazi-Demo-artikel7899313.php>

Freie Presse | 08.02.2012

Dresden erwartet Bomben-Gedenken und Proteste gegen Rechts

Neonazis wollen am 13. Februar demonstrieren

Dresden (dapd-lsc). Es ist ein Gefühl der Ungewissheit, das derzeit in Dresden herrscht. Wie viele Neonazis werden kommende Woche in die sächsische Landeshauptstadt kommen? Wird es wie im vergangenen Jahr Krawalle geben? Will die Polizei erneut mit einer Funkzellenabfrage die Handydaten von Tausenden Menschen erfassen? Und wie viele Teilnehmer setzen bei der Großkundgebung ein Zeichen gegen Rechts?

Es ist der 13. Februar, um den sich in Dresden im Moment alles dreht. An diesem Tag vor 67 Jahren wurde die Stadt durch alliierte Bombardements in Schutt und Asche gelegt. Bis zu 25.000 Menschen starben. Alljährlich wird in Dresden der Opfer gedacht. Aber die Erinnerung wird von Rechtsextremen gestört, die die Trauer für ihre Zwecke missbrauchen und zu Tausenden in die Stadt kommen.

Im vergangenen Jahr waren es erschütternde Bilder, die von Dresden aus in die Republik gesendet wurden. Am Rande der Proteste gegen den Neonazi-Aufmarsch kam es zu

schweren Ausschreitungen mit brennenden Barrikaden und steinewerfenden Chaoten. Am Ende des Tages waren mehr als 100 Polizisten verletzt. Unabhängig davon hatte es das Bündnis "Dresden Nazifrei" aber erneut geschafft, mit seinen Sitzblockaden den rechten Aufmarsch zu verhindern.

Angesichts der Gewaltausbrüche griff die Staatsmacht mit voller Härte durch. Noch am Abend gab es eine Großrazzia gegen die Linkspartei sowie mehrere linke Vereine. Vier Monate später wurde dann bekannt, dass die Behörden mehr als eine Million Handydaten von Demonstrationsteilnehmern, Blockierern, Anwohnern, Politikern und Journalisten erfasst hatten, um Straftaten aufzuklären. Das sächsische Vorgehen sorgte in ganz Deutschland für Aufsehen.

Nach den turbulenten Ereignissen des vergangenen Jahres wird mit Spannung erwartet, was in diesem Februar in Dresden passiert. Unklar ist, wie groß der rechte Aufmarsch überhaupt sein wird. Für den 13. Februar wurde eine Versammlung mit 2.000 Menschen bei der Stadt angemeldet. Eine weitere Veranstaltung für den 18. Februar zogen die Rechtsextremen wieder zurück. Bis zu 48 Stunden vorher können Versammlungen aber noch angemeldet werden.

Trotz der Unklarheiten laufen bei den Gegendemonstranten die Vorbereitungen auf Hochtouren. Eine von der Stadt initiierte überparteiliche Arbeitsgemeinschaft ruft für den 13. Februar zu einer Menschenkette und für fünf Tage später zu einer Großkundgebung in der Innenstadt auf. Den Aktivisten von "Dresden Nazifrei" geht das nicht weit genug. Sie wollen keine symbolischen Zeichen gegen Rechts setzen, sondern die Neonazis mit Blockaden am Marschieren hindern.

In der Stadt weht dem Blockade-Bündnis allerdings ein rauer Wind entgegen. Obwohl die Aktivisten die rechten Aufmärsche schon zwei Mal erfolgreich blockieren konnten, werden sie von Vertretern der schwarz-gelben Koalition verteufelt und mit Ermittlungen der Justiz konfrontiert. Gegen 250 Menschen leitete die Dresdner Staatsanwaltschaft nach den Blockaden im vergangenen Jahr Verfahren ein. Auch Politiker wie der SPD-Vorsitzende Martin Dulig gehörten dazu. Gegen Zahlung einer Geldauflage wurde sein Verfahren eingestellt.

Großes Augenmerk wird nächste Woche darauf gelegt, wie mit den erwarteten Blockaden umgegangen wird. Dresdens Polizeipräsident Dieter Kroll kündigte im Januar bereits an, gegen Blockierer nicht nur "einfache körperliche Gewalt", sondern notfalls auch Wasserwerfer und Räumpanzer einzusetzen. Auch die umstrittene Handydatenabfrage wird wieder ins Spiel gebracht.

In die Reihen der Blockierer werden sich trotzdem bekannte Persönlichkeiten wie Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse oder die Linke-Vorsitzende Gesine Löttsch einreihen. Zum ersten Mal wird auch der Generalsekretär des Zentralrats der Juden, Stephan Kramer, dabei sein. Im dapd-Gespräch sagte er zum Thema Blockaden: "Wir müssen jetzt deutlich machen, dass wir diese Nazis nicht auf unseren Straßen haben wollen." dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Dresden-erwartet-Bomben-Gedenken-und-Proteste-gegen-Rechts-artikel7899435.php>

Dresden erwartet zu Menschenkette zehntausend Teilnehmer

Beginn am 13. Februar um 17.00 Uhr in der Innenstadt

Dresden (dapd-lsc). Die Stadt Dresden rechnet mit einer regen Beteiligung bei den Protestaktionen gegen Neonazi-Aufmärsche. Zu einer Menschenkette am 13. Februar würden rund zehntausend Menschen erwartet, sagte der Erste Bürgermeister von Dresden, Dirk Hilbert (FDP), am Mittwoch der Nachrichtenagentur dapd. Mit der Veranstaltung solle an die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg erinnert und zugleich ein Zeichen gegen den Missbrauch des Gedenkens durch Rechtsextreme gesetzt werden.

Hilbert sagte, die Menschenkette werde sich am 13. Februar um 17.00 Uhr in der Innenstadt formieren. Sie solle dann um 18.00 Uhr für 15.00 Minuten geschlossen werden, begleitet vom Glockengeläut der Dresdner Kirchen.

Hilbert sagte, auch zu einer Großkundgebung auf dem Schlossplatz am 18. Februar würden Tausende Teilnehmer erwartet. Die Kundgebung, zu der ein breites Bündnis aufruft, steht unter dem Motto "Mit Mut, Respekt und Toleranz. Dresden bekennt Farbe". Die Verständigung über Parteigrenzen hinweg auf diese direkte Gegenveranstaltung zu einem möglichen weiteren Neonazi-Aufmarsch an diesem Tag bezeichnete er als "riesigen Schritt".

Mit Blick auf Aufrufe zu Blockaden von Neonazi-Aufmärschen sagte er, er halte diese Protestform für nicht geeignet, da es sich um einen "Eingriff in das Demonstrationsrecht anderer" handle. Grundsätzlich müsse jeder dies aber für sich selbst entscheiden und dann auch mit möglichen Konsequenzen leben.

Dresden war im Februar 1945 bei Luftangriffen stark zerstört worden. Neonazis versuchen auch dieses Jahr, das Gedenken für ihre politischen Zwecke zu nutzen. Dagegen richten sich zahlreiche Protestaktionen. Hilbert hatte vor einem Jahr die Amtsgeschäfte der erkrankten Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) übernommen. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Dresden-erwartet-zu-Menschenkette-zehntausend-Teilnehmer-artikel7899444.php>

Jenas Jugendpfarrer König kündigt Teilnahme an Demo in Dresden an

König will 2012 vor allem gegen die sächsische Justiz protestieren

Jena (dapd-lsc). Auch in diesem Jahr will Jenas umstrittener Stadtjugendpfarrer Lothar König in Dresden wieder gegen den Aufmarsch von Neonazis anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt 1945 demonstrieren. "Ich gehe wieder hin, wieder mit einem Lautsprecherwagen", sagte er am Mittwoch der Nachrichtenagentur dapd. Diesmal jedoch sei der Protest gegen die rechtsextreme Veranstaltung für ihn zweitrangig. Stattdessen wolle er vor allem der sächsischen Justiz zeigen, dass er sich nicht einschüchtern lasse.

"Sie können uns vielleicht unsere Autos wegnehmen. Aber sie können uns nicht stoppen", sagte er. König hatte auch 2011 an den Demonstrationen gegen den Neonazi-Aufmarsch

teilgenommen. In diesem Zusammenhang hat die Staatsanwaltschaft Dresden vor einigen Monaten Anklage gegen ihn erhoben. Er soll damals zur Gewalt gegen Polizisten aufgerufen haben. Im Zuge des Ermittlungsverfahrens war der Lautsprecherwagen beschlagnahmt worden, den König im Vorjahr benutzt hatte. König bestreitet die Vorwürfe.

Zugleich kritisierte der Stadtpfarrer die Ermittler erneut scharf. Die Aktionen der sächsischen Justiz und Polizei während und nach dem Neonazi-Aufmarsch vom Februar 2011 gegen ihn seien ein tiefgehender Eingriff in das im Grundgesetz verankerte Demonstrationsrecht. "Was dort abgelaufen ist und noch immer abläuft, ist für die Demokratie eine noch größere Gefahr als die NPD." Sein Demonstrationsrecht wolle er notfalls auch vor dem Bundesverfassungsgericht durchsetzen. "Wenn die Nazis in Dresden marschieren, dann will auch ich dort demonstrieren dürfen."

Mit Blick auf den Ablauf der Gegendemonstrationen in diesem Jahr zeigte sich König optimistisch. Er glaube, dass diese zivilisierter ablaufen werden als 2011 - falls die Polizei ihre Einsatzstrategie überdacht habe. Deren Verhalten habe im Vorjahr maßgeblich zur Eskalation der Situation beigetragen. Er selbst werde "der Polizei keinen Vorwand liefern, mich festzunehmen". Gelingen es in diesem Jahr, 5.000 Gegendemonstranten in Dresden zu versammeln, sei dies ein Erfolg: "Das wäre nicht nur ein Zeichen gegen den rechten Geist, sondern auch gegen die Dresdner Polizei und Justiz."

Bei dem Lautsprecherwagen, den König in diesem Jahr fahren will, handelt es sich nach seinen Angaben um ein Modell, das baugleich mit jenem ist, das er bereits vor einem Jahr steuerte. Die Anschaffung des neuen Wagens sei aus Spendengeldern finanziert worden. "Aber wir wollen das andere Auto immer noch zurück. Hoffentlich geht man gerade bei diesem Frost gut mit ihm um. Nicht, dass man ihn mir noch bezahlen muss."

Ob es im Zusammenhang mit den Demonstrationen gegen den rechtsextremen Aufmarsch in Dresden im Februar 2011 zu einem Gerichtsverfahren gegen König kommen wird, ist derzeit noch offen. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm schweren Landfriedensbruch vor. Königs Anwalt dagegen hat beim zuständigen Dresdner Amtsgericht beantragt, die Eröffnung eines Hauptverfahrens gegen seinen Mandanten abzulehnen und dies unter anderem mit Mängeln in der Anklageschrift begründet. Das Verfahren hatte zuletzt immer wieder hohe Wellen geschlagen. So warfen beispielsweise im Dezember mehrere Thüringer Landtagsabgeordnete der Staatsanwaltschaft in einem offenen Brief vor, gegen König einen "politischen Prozess" zu führen. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Jenas-Jugendpfarrer-Koenig-kuendigt-Teilnahme-an-Demo-in-Dresden-an-artikel7899472.php>
